Aus der Arbeit des Gemeinderates

Sitzung des Gemeinderats vom 14. November 2019

Entschuldigt: Gemeinderäte Kay Seltrecht, Nils Alexander Fischer

Bürgerfragestunde
Ein Bürger wies darauf hin, dass aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens und erhöhter Geschwindigkeiten in der Zeppelinstraße und Eisenbahnstraße, eine große Gefahrensituation für den Schulweg entsteht. Evtl. sollte man dort Geschwindigkeitskontrollen durchführen. Auch das bekannte Problem mit der Einfahrt auf die B19 sei noch immer nicht behoben. Bürgermeister Stütz kennt die Problematik und wird sich nochmals mit dem Landratsamt in Verbindung setzen und bei der nächsten Verkehrsschau im Frühjahr die Situation begutachten.

Ein weiterer Bürger bemängelte die Aktualität der Homepage der Gemeinde. Dies sollte immer auf dem aktuellsten Stand sein. Bürgermeister Stütz sicherte zu, dass man sich darum kümmern wird.

Derselbe Bürger fragte, ob der Gemeinde ein Fond bekannt sei, aus dem man Zuschüsse für die Renovierung von Gasthäusern bekommen könnte. Er sieht hier Möglichkeiten, das erworbene Gasthaus „Weißes Rössle“ zu renovieren.
Herr Cimander kennt den Fond. Die Verwaltung wird die Sache prüfen.
Bürgermeister Stütz fügte hinzu, dass eine Renovierung des Gebäudes mind. 1 Mio € kosten wird.

Bausachen
Der Gemeinderat beschloss nachfolgende Bauvorhaben einstimmig:
- Wohnhausanbau mit Doppelgarage, Struthstraße 20
- Nutzungsänderung der Werkstatträume, Wilhelm-Hauff-Straße 16

Der Gemeinderat nahm nachfolgende Bauvorhaben zustimmend zur Kenntnis:
- Einfamilienhaus mit Garage, Struthstraße 2
- Nutzungsänderung der Räume und Brandschutzmaßnahmen, Gräfinstraße 19

Vergaben
Vergabe Heizungsarbeiten Turnhalle Ochsenberg
Die bestehende Heizung in der Turnhalle Ochsenberg muss altersbedingt stillgelegt und somit ersetzt werden. Diese Maßnahme ist im Haushaltsplan 2019 vorgesehen. Für die Heizungsarbeiten wurde vom Gemeinderat die Fa. Aufheimer aus Dischingen beauftragt. Die Angebotssumme beläuft sich auf 90.552,76 €.

Abschluss eines Gaskonzessionsvertrages mit den Stadtwerken Heidenheim
Der mit den Stadtwerken Heidenheim bestehende Gaskonzessionsvertrag läuft zum Jahr 2020 aus. Aus diesem Grund wurde im Bundesanzeiger am 13.08.2018 die erforderliche Bekanntmachung über das Auslaufen des Gaskonzessionsvertrages der Gemeinde Königsbronn veröffentlicht und qualifizierte Unternehmen zur Bekundung ihres Interesses am Abschluss eines Gaskonzessionsvertrages der Gemeinde Königsbronn gegenüber mitzuteilen.
Lediglich die Stadtwerke Heidenheim haben Ihr Interesse am Abschluss eines Gaskonzessionsvertrages geäußert. In Zusammenarbeit mit Herrn Rechtsanwalt Zimmermann von der Kanzlei Iuscomm wurde mit den Stadtwerken Heidenheim ein Entwurf auf Basis des Musterkonzessionsvertrages des Gemeindetages erarbeitet. Die Gemeinderäte Wolfgang Lutz und Werner Glatzle lobten beide die Ausarbeitung des Vertrages und haben keine Beanstandungen.
Der Gemeinderat beschloss einstimmig, den Gaskonzessionsvertrag entsprechend dem vorliegenden Entwurf mit den Stadtwerken Heidenheim abzuschließen.

Beschaffung eines Feuerwehrfahrzuges Typ HLF 20
Bei Erstellung des Feuerwehrbedarfsplanes wurde auch der Fahrzeugbestand der Feuerwehr Königsbronn überprüft. Hierbei wurde festgestellt, dass das bei der Feuerwehr Königsbronn eingesetzte Fahrzeug LF 16 TS seine planerische Nutzungsdauer bereits deutlich überschritten hat und daher zeitnah durch ein Ersatzfahrzeug ersetzt werden muss.
Als Ersatzfahrzeug wird hierfür ein Fahrzeug Typ HLF 20 empfohlen. Dieses wird vermutlich ca. 450.000 – 500.000 € kosten. Eine Förderzusage aus Mitteln der Feuerwehrförderung liegt bereits über einen Förderbetrag in Höhe von 92.000 € vor. Entsprechende Mittel stehen im Haushaltsplan 2019 bereit.
Herr Müller, Feuerwehrkommandant der Gesamtwehr, erklärte kurz das Fahrzeug Typ HLF 20.
Der Gemeinderat beschloss einstimmig, dass die Verwaltung eine europaweite Ausschreibung zur Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges Typ HLF 20 für die Feuerwehr der Gemeinde Königsbronn durchzuführt.

Annahmen von Spenden
Der Gemeinderat nahm die Spenden in Höhe von 10.450,00 € einstimmig an und stimmte dem dafür angedachten Verwendungszweck zu.

Antrag der CDU-Fraktion zur Bezuschussung von professioneller Energieberatung für die Bürger/innen von Königsbronn
Eine Diskussion über neue Konzepte für effizientes Bauen ist wichtig. Jedoch ist der höchste Handlungsbedarf eher bei den Bestandbauten. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen, dass die Energiekosten steigen werden und dass man was für seine Haus tun muss.
Bei diesem Antrag geht es primär um die Sensibilisierung und Schaffung von Anreizen und nicht um einem wie auch immer gearteten Zwang.
Das Landratsamt bietet eine kostenlose Energieberatung für die Bürgerinnen und Bürger an, wobei dies nur eine Initialberatung ist. Wenn der Hausbesitzer jedoch

BAFA und/oder KfW-Mittel nutzen möchte, braucht er eine Beratung durch einen zertifizierten Berater. Diese Art von Beratung ist kostenpflichtig. Inhalt der Beratung sind Berechnungen, Antragstellung, ggfls. Baubegleitung und Messungen. Auch wenn diese Beratungen je nach Förderprogramm bezuschusst werden, bleibt noch ein deutlicher Eigenanteil.
Zur Förderung der energetischen Sanierung von Bestandbauten soll die bürgerliche Gemeinde einen Zuschuss für Hausbesitzer zur Energieberatung durch einen zertifizierten Berater in Höhe von (z.B.) 50% der Beratungskosten geben, um so Anreize für die Sanierung zu geben. Ziel ist eine Art Starthilfe zu geben und so die Hemmschwelle zu senken und nachhaltige Lösungen zu finden.
Dieser Aspekt ist so wichtig, dass die Gemeindeverwaltung mit Unterstützung zeitnah ein Konzept mit einem Experten erarbeitet soll und dann bereits im kommenden Haushalt entsprechende Mittel bereitstellen kann.
Gemeinderat Herr Boch erläuterte den Antrag. Auf Nachfragen was eine einzelne Beratung ungefähr den Bürger kostet, teilte Hermann-Josef Boch mit, dass dies bei einen Einfamilienhaus 1.000-1.600 € sein werden. Der Gemeinderat diskutierte ausgiebig über das Thema. Gemeinderat Bernd Eppli sieht es nicht als Aufgabe der Gemeinde öffentliche Steuergelder dafür zu verwenden. Joachim Wötzel und Wolfgang Lutz stimmten Bernd Eppli zu. Gemeinderätin Antje Horrer erkundigte sich was mit den Bürgern sei, die einen Neubau planen. Diese würden doch sicher auch was von der Förderung abbekommen wollen. Bürgermeister Stütz schlug vor, erstmal zu prüfen, was solch eine Energieberatung alles beinhaltet und danach nochmals zu besprechen.
Somit zog die Fraktion den Antrag über Beschlussfassung zurück. Der Gemeinderat stimmte danach ab, ob das Vorgehen überhaupt noch weiterverfolgt werden soll. Dabei waren 13 Stimmen dagegen und 7 Stimmen dafür, somit wurde der Antrag auf ein weiteres Vorgehen in der Sache abgelehnt.

Verschiedenes
Die Gemeinde ist Anfang 2019 auf das Land zugegangen und hat angefragt, die Gemeindestraße „Hoppeleshalde“ mit der L 1123 „Alte Zanger Straße“ zu tauschen und die „Hoppeleshalde“ zur Landesstraße aufzustufen. Im Gegenzug wäre die L 1123 in die Straßenbaulast der Gemeinde gefallen.
Die Voraussetzungen für den Tausch wurden nun vom Land geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass die Hoppeleshalde deutlich schlechtere Trassierungseigenschaften als die L 1123 aufweise. Außerdem gehe das Land durch die Anbindung des Wohngebietes von der Schaffung erhöhter Gefahrenpotzenziale aus.
Für die Ertüchtigung der Hoppeleshalde zur Landesstraß ist von Kosten in Höhe von 6 Mio. € auszugehen, die von der Gemeinde Königsbronn zu tragen wären.
Der Gemeinderat ist sich einig, dass unter diesen Voraussetzungen eine weitere Verfolgung der Angelegheit keinen Sinn macht.
Das zuständige Regierungspräsidium Stuttgart plane im kommenden Jahr die bestehende Landesstraße 1123 zu sanieren und den kritischen Kurvenbereich aufzuweiten, so dass hier eine deutliche Verbesserung der Bestandsstrecke erreicht wird. Detaillierte Pläne liegen der Verwaltung nicht vor.